

SDI „Das größte Aufrüstungsprogramm aller Zeiten...“

Die Diskussionen über immer neue, schrecklichere Waffen reißen auch in unserem Lande nicht ab. Noch nie fanden in Deutschland so gewaltige Demonstrationen statt, wie die in den vergangenen Jahren gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles auch in der Bundesrepublik. Der Kampf gegen diese „Erstschlagsraketen“ — sie werden ganz offiziell in Amerika auch „Enthaupungswaffen“ genannt — ist noch nicht vorüber und schon drohen neue Gefahren, wird von neuen Superwaffen gesprochen.

Es handelt sich um die, von den Amerikanern geplante sogenannte „Strategische Verteidigungsinitiative“ kurz SDI genannt und US-Präsident Reagan will sich auch durch immer neue Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und ihrer bereits erbrachten Vorleistungen, nicht von diesem Wahnsinnsprojekt, Waffen auch noch im Weltraum zu stationieren, abbringen lassen.

Noch Ende dieses Jahres will die Bundesregierung über eine bundesdeutsche Beteiligung an diesem Milliarden verschlingenden, größten Aufrüstungsprogramm aller Zeiten, entscheiden.

Die Bevölkerung der NATO-Länder, auch der Bundesrepublik, wird zur Zeit von ihren Regierungen propagandistisch auf neue Aufrüstungsmaßnahmen vorbereitet, die angeblich den Frieden sichern und Atombomben und Raketen überflüssig machen sollen.

Während mit schönen Worten desinformiert wird, wird hier das größte Aufrüstungsprogramm aller Zeiten eingeleitet.

Schon jetzt gibt es genug Waffen um

die Menschheit mehrmals zu vernichten. Trotz modernster Waffen ist es heute unmöglich einen Atomkrieg zu gewinnen. Ein Angreifer kann dem vernichtenden Gegenschlag nicht entgehen. Die USA wollen deshalb mit Hilfe dieser Weltraumwaffen dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ verändern, und zwar nicht in Richtung Abrüstung, sondern in Richtung auf eindeutige Überlegenheit, indem man

versucht sich bei einem eigenen Angriff, vor dem sowjetischen Gegenschlag zu schützen.

Große Teile unserer Bevölkerung wenden sich in diesen Tagen gegen SDI und gegen eine bundesdeutsche Beteiligung. Personen aus Wissenschaft, Politik, den Kirchen, Gewerkschaften und aus dem kulturellen Leben, warnten in einer Erklärung vor der Militarisierung des Weltraums. Heinz Hechler

Friedenspartnerschaft mit Wageningen besiegelt

Sie ist besiegelt. Mörfelden-Walldorf und die holländische Stadt Wageningen sind eine Partnerschaft für den Frieden eingegangen. Diese Partnerschaft für den Frieden ist keine herkömmliche Städtepartnerschaft, sondern es ist eine Partnerschaft, die aus-

schließlich den Gedanken des Friedens, der Abrüstung in Ost und West und der Völkerfreundschaft dienen soll. Kein Politourismus also, wie so oft bei den Städtepartnerschaften, sondern eine Partnerschaft, die gemeinsam abgestimmte kommunale Friedensarbeit und Aufklärung zum Inhalt hat.

Diese Friedenspartnerschaft mit Wageningen ist eine Chance, die Aufklärung über Krieg und Frieden, über Geschichte und Gegenwart, sowie über eine friedliche Zukunft ohne Militarismus und Neonazismus, den Menschen beider Städte näher zu bringen. Sei es in Form von Austausch von Schülern und Jugendlichen, oder von gemeinsamen Aktionen (Aufruf an andere Kommunen), sei es in Form von Veranstaltungen u.v.m.

Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden, nichts schöneres als Kinder in Frieden spielen und Jugendliche in Frieden studieren zu sehen, den Älteren in unserer Gesellschaft einen siche-



ren und sozialen Lebensabend zu garantieren und den Werktätigen die Angst vor Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit zu ersparen.

Das, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, geht nur, wenn das Geld nicht in Milliarden Höhe in die Rüstung gepulvert wird, wenn dafür Aufklärung und Friedensarbeit praktiziert und Vertrauen zwischen den Menschen und Völkern geschaffen wird.

Es fehlt an so vielem hier in unserem Lande: von Kinderkrippen bis Kinderhorte, von Schulen und Studienplätzen bis hin zu Arbeitsplätzen für Millionen, Altenwohnheimen und Freizeiteinrichtungen, vernünftiger und erschwinglicher Nahverkehr, von einem Umweltschutz, der tausende von Arbeitsplätze schafft, ganz zu schweigen.

Deshalb ist die Partnerschaft mit Wageningen und unsere Haltung zu den US-Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles so wie zu „SDI“ eine Überlebensfrage.

Deshalb liegt in dieser Partnerschaft für den Frieden eine Chance, wenn auch nur eine kleine, dieses Vertrauen zu schaffen, um eine weitere Militarisierung auf Erden und im Weltraum zu verhindern.

Unterstützen Sie diese Partnerschaft und die Friedensinitiative. Jeder einzelne ist gefordert, den Frieden zu erhalten. Wir sind dazu bereit.

Das sagte der DKP-Vertreter in Wageningen

*Liebe Freunde,
Kolleginnen und Kollegen!*

Die DKP ist recht froh, daß diese Friedenspartnerschaft für den Frieden stattfindet.

Wir sehen in dieser Friedenspartnerschaft die Chance, das Wettrüsten zu stoppen, ein nukleares Inferno mit zu verhindern und die Völkerverständigung zwischen Holländern und Deutschen weiter voran zu treiben, gerade aus der Erfahrung der Geschichte, der Erfahrung des Faschismus.

Trotz der Torpedierung dieser Partnerschaft für den Frieden durch die bei uns reaktionäre CDU, findet sie doch statt. Alle Diskriminierungen, Verleumdungen haben diese Partnerschaft für den Frieden nicht verhindern können.

Unser Anliegen ist es, weiterhin diese Partnerschaft für den Frieden so zu nutzen, daß auf kommunaler Ebene Möglichkeiten geschaffen werden, die Friedenspolitik in das Bewußtsein der Menschen, der Einwohner, der Schüler, Kinder und Jugendlichen hinein zu bekommen, daß die Menschen aufstehen gegen diese Pläne der US-Regie-

rung, gegen SDI, was uns noch bevorsteht, aber auch, um die Raketen Pershing II und Cruise Missiles wieder außer Lande zu bekommen.

Es liegt an uns, diese Pläne rückgängig zu machen, es liegt an uns, die Gedanken der Völkerverständigung und des Friedens zu ver-

CDU gegen die Friedenspartnerschaft

Es muß der hiesigen CDU schon arg im Magen liegen, daß der ehemalige DKP-Stadtverordnete Herbert J. Oswald in der offiziellen Delegation bei der Verschwisterungsfeier der Friedenspartnerschaft in Wageningen war.

Der Fraktionsvorsitzende Hugo Jung mokiert sich darüber, daß diese Friedenspartnerschaft ein „Kampfbündnis“ sei und meint gleichzeitig, daß sie „der unverhohlene Mißbrauch des Stadtparlaments zu parteipolitischen Agitation gegen den Nachrüstungsbeschluß“ sei.

Die DKP hat sich seit langer Zeit aktiv um das Zustandekommen dieser Friedenspartnerschaft mit Wageningen bemüht. Wir waren der Meinung, daß eine von allen gesellschaftlichen und politischen Kräften getragene, repräsentative Delegation unserer Stadt nach Wageningen fahren sollte. Die Auffassung des CDU-Stadtverordnetenvorstehers Peez, wenn die DKP mitfährt, dann müßte auch die neofaschistische NPD eingeladen werden, haben wir in einem Protestschreiben an die Kommission für Städtepartnerschaft entschieden zurückgewiesen.

Ich denke, daß die Kommunalparlamente und mit ihnen die gewählten Politikern sehr wohl Mitverantwortung tragen, wenn es darum geht, den Frieden zu erhalten. Auch die CDU-Stadtverordnetenfraktion steht in dieser Verantwortung und sie macht es sich sehr leicht, wenn sie die Kräfte, die sich in Sachen Frieden engagieren, diffamiert.

Bei der Verschwisterungsfeier in Wageningen waren auch CDU-Vertreter dabei. Die CDU-Fraktion hat sich vehement gegen diese Partnerschaft ausgesprochen. Lagen in früheren Stadtverordnetenversammlungen Anträge in Sachen Frieden auf dem Tisch, begnügte sich die CDU-Fraktion damit, demonstrativ den Saal zu verlassen. Mir scheint es etwas widersprüchlich, wenn auf der einen Seite CDU-Vertreter, egal welche Funktion sie haben, mit nach Wageningen fahren, aber gleichzeitig sie sich der Meinung des Frak-

*tionenvorsitzenden anschließen, wenn es darum geht, bei Diskussionen zu Friedensfragen, den Sitzungssaal zu verlassen.
„Unerhört“ sei es, meinte der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Hasselbach, daß man Steuergelder dafür bereit gestellt habe, daß die DKP offiziell in der Delegation mitreiste. Ich finde es genauso unerhört, daß zwei CDU-Vertreter, die hier in unserer Stadt gemeinsam mit ihrer Partei, diese Friedenspartnerschaft mit allen Mitteln bekämpfen, aber es sich nicht nehmen lassen, bei der Verschwisterungsfeier mit ihrer Anwesenheit zu „glänzen“.*

Friedl Küspert

Anlaß zum Schmunzeln

In einer Presseerklärung zum Wageningen-Besuch teilen die Grünen unserer Stadt mit, daß sie Gleichgesinnte gesucht und gefunden haben. Daß diese sich dort „Radikale“ nennen, scheint hier eher auf Verwunderung oder Bewunderung zu stoßen, begibt man sich in Grünen-Kreisen doch gern mit dem Flair des Revolutionären. Dabei ist radikal gar nichts Anstößiges. Wenn man das Wort vom Lateinischen Radix = Wurzel ableitet und so viel bedeutet, als daß man die Probleme an der Wurzel packen und somit grundsätzlich lösen will. In diesem Sinne befinden sich die holländischen Radikalen in guter Gesellschaft mit „undogmatischen, moskaukritischen“ Kommunisten. Daß dies in Mörfelden-Walldorf nicht ebenso ist, liegt nach Meinung der Grünen sonnen(blumen)-klar: „Da man es in Deutschland mit ganz anderen Kommunisten zu tun habe“. Nun ist uns auch bekannt, daß man die holländischen Kommunisten als von Moskau gesteuert und als Stalinisten diffamiert.

Vielleicht ist die Erklärung ganz einfach, indem wir es in Mörfelden-Walldorf mit ganz anderen Grünen zu tun haben.

R.D.

Das Bündnis gegen den Atomkrieg muß man schaffen bevor der Krieg begonnen hat

In einer gut besuchten öffentlichen Mitgliederversammlung der DKP-Mörfelden, befaßten sich die Anwesenden mit der geplanten Weltraumrüstung SDI. Eine Tonbildschau vermittelte den Eindruck von dem geplanten System einer Raketenabwehr, das im Weltraum stationiert werden soll. Es wurde nachgewiesen, daß es im Atomzeitalter mehr Sicherheit durch noch mehr Technik, nicht geben kann. Es wurde die Frage aufgeworfen: Wozu ein Raketenabwehrsystem, das zwar 2 Billionen US-Dollar kosten soll, aber einen Massenangriff von Interkontinentalraketen doch nicht wirksam abfangen kann?

Der Diavortrag machte jedoch klar, daß die USA mit der Entwicklung neuartiger Waffensysteme, die bis Ende der achtziger Jahre einsatzbereit sein sollen, offiziell die Strategie der Ab-

schreckung verlassen haben. Früher hieß es: Der Atomkrieg soll führbar gemacht werden. Die USA bereiten sich mit 6 neuen Waffenarten darauf vor, einen Atomkrieg mit der UdSSR führen und siegreich beenden zu können. Mit einem Erstschlag gegen die gegnerischen Waffen und einem Enthauptungsschlag gegen die Frühwarn- und Nachrichtensatelliten, sowie gegen die Kommandozentralen des Gegners, soll ein Gegenschlag verhindert werden. In der Ton-Dia-Serie wurde analysiert, aus welchem Grunde und in welcher weltpolitischen Situation es zum Atomkrieg kommen kann.

In der anschließenden Diskussion, an der sich auch die anwesenden Gäste, Mitglieder der Friedensinitiative, sowie Freunde aus der Anti-Startbahn-Bewegung beteiligten, wurde klar, daß alles daran gesetzt werden muß, um diese Pläne zu stoppen.

Es wurde nachstehende Resolution verabschiedet, die an die Presse und viele örtliche Organisationen geleitet wurde.

H.H.

Nein zur Militarisierung des Weltraums!

„Das Bündnis gegen den Atomkrieg muß man schaffen, bevor der Krieg begonnen hat.“

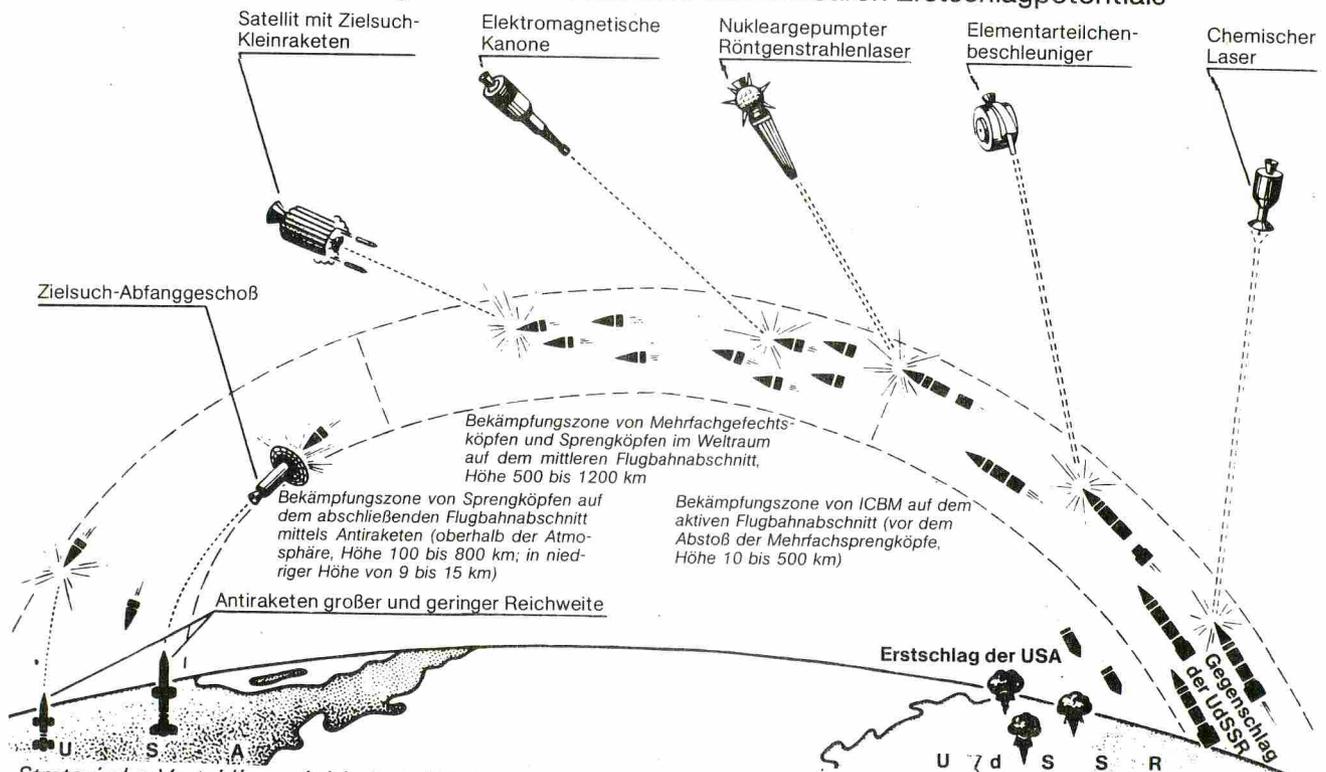
Wir, die Teilnehmer einer DKP-Veranstaltung über die geplante Weltraumrüstung, sind tief besorgt über die zunehmende Gefahr einer nuklearen Katastrophe.

Vor allem die Vorbereitungen für einen „Krieg der Sterne“ bedrohen das militärische Gleichgewicht und machen einen nuklearen Konflikt auf der Erde wahrscheinlicher.

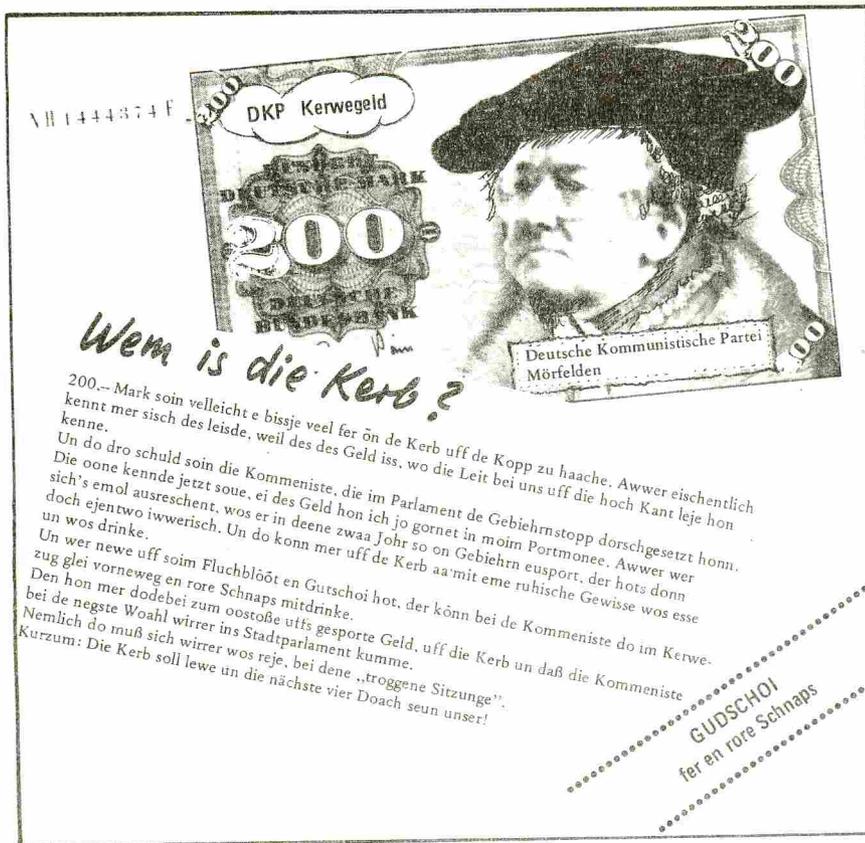
Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie jede Beteiligung an den amerikanischen SDI-Plänen ablehnt.

Notwendig ist, eine breite Volksbewegung gegen die Weltraummilitarisierung zu schaffen. Wir bitten deshalb alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte und Organisationen in unserer Stadt, in dieser Frage gemeinsam aktiv zu werden.

Variante eines in den USA in Entwicklung befindlichen umfassenden Raketenabwehrsystems als Bestandteil des nuklearen Erstschlagpotentials



„Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) der USA: Schild oder Schwert? So wie die Skizze es darstellt, soll es funktionieren. Von US-Seite wird propagiert, daß es sich um eine Defensivwaffe handelt, doch ist auch möglich, daß sie zur Angriffswaffe gegen Boden-, Luft- und Seeobjekte eingesetzt werden kann. US-Verteidigungsminister Weinberger erklärte offen, daß die USA mit dem kosmischen Raketenabwehrsystem auch über eine „mächtige strategische Triade“ für einen verheerenden Kernwaffenschlag gegen die UdSSR verfügen werden. Hier handelt es sich um die Entfaltung von neuen interkontinentalen ballistischen Raketen MX und „Midgetman“, sowie die seegestützten „Trident-2-Raketen“, um strategische Bomber B1B und ATB, um eine immer größere Anzahl von Pershing II-Raketen und Marschflugkörper in Europa und auf Kriegsschiffen. Gleichzeitig werden 17 000 neue nukleare Gefechtsköpfe forciert hergestellt. Die Verwirklichung dieser Offensivwaffen haben ein Ziel – in den Besitz eines nuklearen Erstschlagpotentials zu kommen. Die Entwicklung von Weltraumwaffen soll dieses Potential um einen Stellenwert erhöhen.



„Kerwegeld von de DKP“
„Wg. Gebühren auf Eis“ verteilten Mitglieder der DKP, die auf Einladung der Krone-Kerweborsche am diesjährigen Kerweumzug teilnahm, 200-Mark-Scheine als Kerwegeld an die Zuschauer, die zahlreich die Straßen säumten. Sie machten damit auf die Summe aufmerksam, die die Bürger dadurch einsparen, daß die DKP einen Beschluß im Stadtparlament durchsetzten, nach dem bis Anfang 1987 in Mörfelden-Walldorf keine Gebührenerhöhungen vorgenommen werden.
 Bei der Bevölkerung kam das „DKP-Kerwegeld“ gut an und war noch am Kerwe-
 montag Gespräch in vielen Lokalen der Stadt.

Vierspurige Bundesbahn durch unsere Stadt?

Während der Nahverkehr der Bundesbahn mehr und mehr vernachlässigt wird, denkt man an den Ausbau des Fernverkehrs. „Schnelligkeit ist schließlich Zukunft und Fortschritt“, heißt es. Somit ist die Schnellstrecke Köln–Frankfurt, auf der 250 km schnell gefahren werden kann, wieder im Gespräch. Während von Bahnseite noch abgewiegelt wird: Der Ausbauplan, d.h. die Zeit des Baues, sei noch nicht im Bundesverkehrswegeplan datiert, liegen aber schon Pläne der Streckenführung auf dem Tisch. Man könnte als Bürger von Mörfelden-Walldorf zwar beruhigt sein, daß die neue Bahnlinie entlang der Autobahn über den Westerwald und Taunus verläuft, doch haben die Ausbaupläne auch zur Folge, daß z.B. die Riedbahnstrecke entweder schneller gemacht wird (woan die Bundesbahn schon seit Jahren interessiert ist) oder die Bahnstrecke durch unsere Stadt gar viergleisig ausgebaut werden soll. Die „alte“ Streckenführung über Mainz–Groß-Gerau–Frankfurt ist in den Medien nicht mehr aufgetaucht. Heißt dies, daß man daran nicht mehr denkt? Jedenfalls muß man wachsam sein, denn eine weitere Verkehrsader mit Lärm und Landschaftsverbrauch verträgt unsere Gegend ganz bestimmt nicht. r.d.

der bp tip

Ausschneiden und sammeln!

Kindergeld für arbeitslose Jugendliche

Für Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, deren Nettoeinkünfte monatlich weniger als 400 DM betragen, wird seit dem 1. Januar 1985 Kindergeld bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres (vorher 18. Lebensjahr) gezahlt. Wenn sie davor Wehrdienst oder Zivildienst abgeleistet haben, können diese Kinder sogar noch entsprechend über das 21. Lebensjahr hinaus weiter berücksichtigt werden.

Die Eltern müssen das Kindergeld schriftlich beantragen. Vordrucke gibt es beim Arbeitsamt. Kindergeld kann unter bestimmten Voraussetzungen auch noch rückwirkend für sechs Monate gezahlt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit rät allen Eltern mit Kindern, die noch keinen

Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben und für die noch kein Kindergeld gezahlt wird, umgehend einen Antrag zu stellen.

Auf dem Arbeitsamt
 Karikatur: Kuro



Ausfallzeiten

Wenn ein Rentner merkt, daß ihm zustehende Ausfallzeiten nicht auf der Versicherungskarte eingetragen sind, kann er diese auch noch zehn

Jahre nach der Aufrechnung der Karte geltend machen und damit die Rente erhöhen. Das entschied das Bundessozialgericht (5 RJ 10/84).

Obstbaumbestände in der Feldgemarkung in Gefahr

Der Deutsche Bund für Vogelschutz, Verband für Natur- und Umweltschutz, Gruppe Walldorf, sandte an den Magistrat der Stadt nachfolgenden Brief. Die angesprochenen Probleme halten wir für sehr wichtig. Deshalb veröffentlichen wir den Wortlaut des Schreibens:

„Mit großer Sorge stellen wir fest, daß die Zahl der Obstbäume in der Feldgemarkung zwischen den beiden Stadtteilen immer geringer wird.

Wir sehen hierfür 2 Hauptgründe, um deren Abstellung wir Sie ersuchen: Beschädigungen im Wurzelbereich durch landwirtschaftliche Bearbeitungsmaßnahmen, mangelnde Pflege durch die Eigentümer und wildes Pflücken.

Bei den der landwirtschaftlichen Bearbeitung unterliegenden Teilen des Feldes wird sehr oft zu nahe an die Bäume herangepflügt. Hierbei entstehen Wurzelbeschädigungen, die zum vorzeitigen Absterben der Bäume führen. Gewollt oder ungewollt, der Bestand schrumpft.

Und der Kritik auf dem Fuß das Lob: an verschiedenen Baumreihen werden etwa 2 Meter Breite von der Bearbeitung ausgenommen. Es entsteht ein für die Tierwelt lebensnotwendige Rückzugsstreifen, also für Insekten, Kleinsäuger und Vögel. Wir sehen diese Streifen als so wichtig an, daß Sie auf diesen Streifen bei allen Baumreihen bestehen sollten.

Sofern Schädlingsbekämpfungsmittel angewandt werden, ist dies zu untersagen, um die Tierwelt zu schonen.

Von der fast überall fehlenden Pflege der Bäume durch die Eigentümer kann man sich leicht überzeugen, es wird einem unkontrollierbaren Wildwuchs sowie Astbruch bei gutem Fruchtbehang Vorschub geleistet. Beschädigungen durch wildes Pflücken sind im Herbst allenthalben sichtbar.

Inwieweit verstärkte Kontrollen durch städtisches Aufsichtspersonal diese Mißstände unterbinden können, wagen wir nicht festzulegen. Es sollte jedoch der Versuch einer gewissen Steuerung erfolgen.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, daß außer Getreide auch Hackfrüchte angebaut werden sollten, insbesondere im Interesse der Tierwelt.

Wir erinnern hier an einen Antrag der Stadtverordneten vom August 1984 an

den Magistrat, geeignete Maßnahmen für den Schutz der Streuobstbestände zu ergreifen. Konkrete Aussagen sollten im Landschaftsplan getroffen werden. Entweder ist dies noch nicht erfolgt oder es gibt eine Informationslücke unsererseits, die zu schließen für Sie leicht ist.

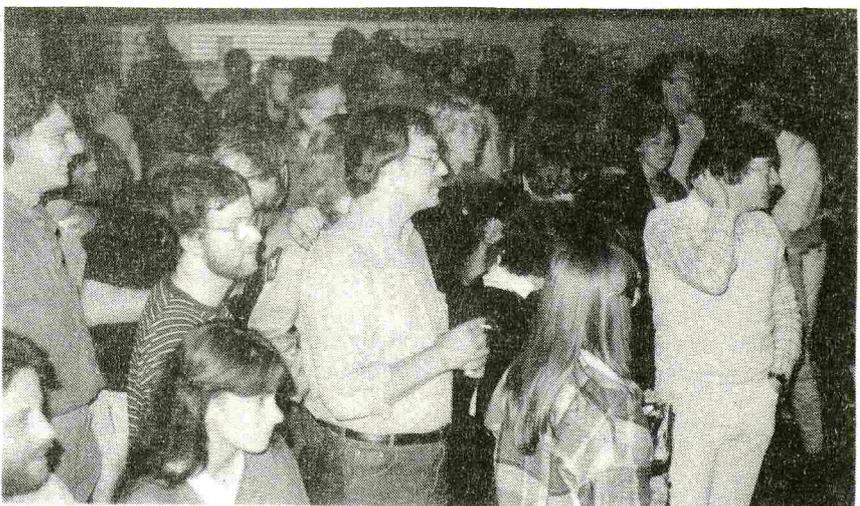
Im Interesse des Naturschutzes bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.“

Zehn Jahre Jugendzentrum in Mörfelden



Am 25. Oktober feierte das Mörfelder Jugendzentrum sein zehnjähriges Bestehen. Vor allem viele „Oldies“ der Jugendzentrumsbewegung kamen zu diesem Jubiläum. Höhepunkt des Abends war das Revival der Gruppe „Dood un Deiwel“, die eigens zu diesem Anlaß in alter Besetzung zusammengetreten war und mit ihrem Auftritt das Publikum zum Toben brachte.

Bodo Kolbe (mit Sonnenbrille) und Gerd Schulmeyer beim „Dood und Deiwel“-Revival.



Begeistertes Publikum im Mörfelder Jugendzentrum.

Termin!

Nächster DKP-Frauentreff

26. November 1985
20.00 Uhr

Stadthalle Walldorf

Stellungnahme der DKP Hessen:

Zur Koalition in Wiesbaden

Unter äußerst scharfen Protesten der CDU haben sich SPD und Grüne nach zweijährigem Tauziehen auf die Bildung einer Koalitionsregierung geeinigt.

Schon der Blick auf die heftigen Abwehrreaktionen der CDU zeigt, daß die bei zwei Wahlen in Hessen bestätigte Mehrheit von SPD und Grünen mit ihrer Entscheidung einen wichtigen politischen Schritt getan hat. Jedes Mittel war der CDU recht, um eine Vereinbarung zwischen SPD und Grünen zu verhindern. Zuletzt hat sich das am aggressiven Verhalten und Gerede des CDU-Landesvorsitzenden Wallmann aus Anlaß des gewaltsamen Todes von Günter Sare gezeigt.

Landes- und bundespolitische Aspekte sind angesichts der Absicht einer Koalitionsregierung von SPD und Grünen wichtig. Zur Zeit geht es um tiefgreifende Weichenstellungen in der gesamten Politik. Es geht um die Frage, ob sich die Kräfte in der Bundesrepublik durchsetzen, die Ronald Reagans Pläne der Militarisierung des Welt- raums durchpeitschen wollen, oder ob vernünftige, realistische Kräfte die

Oberhand gewinnen. Würden sich SPD und Grüne in Hessen auf eine gemeinsame Politik in diesen zentralen Fragen einigen, wäre das eine weitere gute Grundlage, die Sternenkriegspläne zurückzuweisen und die Militarisierung des Weltraums zu verhindern.

SPD und Grüne haben in der heutigen Zeit eine große Chance, wenn sie entschieden handeln und die Schwerpunkte zügig im Sinne einer fortschrittlichen, auf Frieden und Arbeit orientierten Politik anpacken. Kernstück einer solchen Politik müßten geeignete landespolitische Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Militarisierung Hessens sein. Hessen muß atomwaffenfrei werden. Die neue hessische Landesregierung muß durch die Unterstützung der breiten außerparlamentarischen Bewegung und durch den Einfluß im Bundesrat für eine entscheidende Kürzung des Rüstungsetats wirken und eine deutliche Politik der sozialen Aufrüstung betreiben. Neben den großen Fragen, die mit Krieg oder Frieden zusammenhängen, müssen in Hessen sofort Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit,

der Jugendarbeitslosigkeit und des sozialen Abbaus eingeleitet werden.

Zum Dritten gilt es jetzt, der Hessischen Verfassung überall Geltung zu verschaffen. Es darf keine Aushöhlung des Demonstrations- und Streikrechts geben. Berufsverbote müssen endgültig und abschließend vom Tisch der Landespolitik. Wie die jüngsten Ereignisse in Frankfurt zeigen, müssen neonazistische Organisationen aufgelöst werden.

Wenn SPD und Grüne, von Wiesbaden ausgehend, im Sinne solcher Forderungen und gestützt auf die Arbeiterbewegung, die Friedensbewegung und andere demokratische Bewegungen handeln, kann ein Gegengewicht zur Bonner Wende erreicht werden. Maßstab zur Beurteilung der Landespolitik bleiben die Kriterien Frieden und Arbeit und die Frage, ob auf demokratischen und sozialen Fortschritt gerichtete Alternativen gegen die reaktionäre Bonner Politik entwickelt werden. Die DKP wird die Arbeit der Landesregierung an diesen Kriterien messen und alles unterstützen, was gegen die reaktionären Rechtskräfte im Sinne der arbeitenden Bevölkerung angepackt und durchgesetzt wird.

Ellen Weber

Bezirksvorsitzende der DKP-Hessen.

Nicaragua braucht unsere Solidarität

Mittwoch, 27. 11. 1985, 20.00 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden, Clubraum

mit Otto Wagner
Mitglied der Arbeitsbrigade „Carlos Fonseca“
Kreisvorsitzender der DKP-Frankfurt/Main

Eine Veranstaltung der DKP

Hände weg von Nicaragua!

Am 27. 11. 1985 findet eine Veranstaltung der DKP zu Nicaragua statt. Otto Wagner wird anhand eines Dia-Vortrags über seine Erfahrungen berichten und damit einen Eindruck von der momentanen Lage in diesem Land geben. Er war Mitglied einer Arbeitsbrigade, die im März dieses Jahres eine Druckerei für die sandinistische Jugend betriebs- und produktionsbereit übergab.

In Anbetracht der fortdauernden Aggression der USA und den Versuchen der CIA, konterrevolutionäre Gruppen für die Destabilisierung der Volksmacht in Nicaragua auszunutzen, soll diese Veranstaltung mit dazu beitragen, über dieses Land zu informieren.

Auch in unserer Stadt hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, 5 000,- DM für Nicaragua bereitzustellen. Dazu hat jetzt die CDU-Stadtverordnetenfraktion den Antrag gestellt, diesen Beschluß wieder aufzuheben. Sie hält es für unverantwortlich, dieses „totalitäre Regime“ mit Steuermitteln zu unterstützen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Hugo Jung meint sogar, daß „die Menschenrechte“ in Nicaragua „schlimmer mißachtet werden, als zu Somozas Zeiten“.

Weiß er nicht, wie das Volk von Nicaragua unter dem Somoza-Regime gelitten hat und ausgeblutet wurde? Würde er lieber das Regime in Südafrika unterstützen? Es ist schlicht gesagt beschämend, daß die CDU sich mit dem Diktator Somoza einig fühlt, anstatt zu akzeptieren, daß das Volk von Nicaragua sich aus dieser Diktatur befreit hat. Aber – was soll man von dieser Partei auch anderes erwarten?

Friedl Küspert



aller Zeiten, die nicht auf die Bundesrepublik oder Europa beschränkt ist, sondern weltweit aktiv ist. An dem Lauf, der unter offizieller Anerkennung des Deutschen Leichtathletik-Verbandes stattfand, nahmen ca. 700 Läuferinnen und Läufer teil.

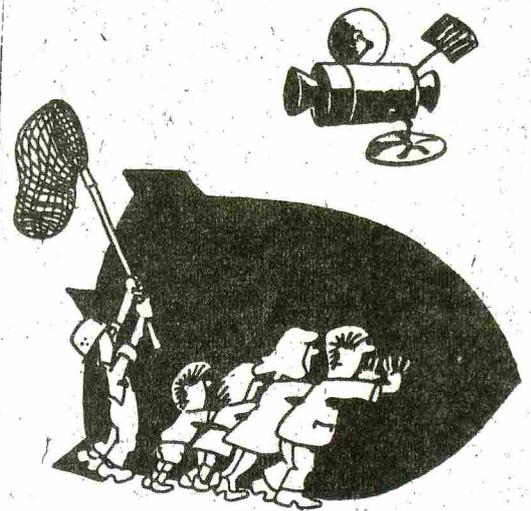
Am Abend war großes Sport- und Spielfest in der Westfalenhalle. Unter dem Beifall von 10 000 Zuschauern sprach Bundesligafußballer Ewald Lienen im Schlußwort: „Zeigen wir der Weltraumrüstung die rote Karte!“ Anschließend bewiesen Sportlerinnen und Sportler, daß Laserkanonen für etwas anderes brauchbar sind als für einen „Krieg der Sterne“. Mit Lichteffekten wurde eine Friedenstaube über dem Siegerpodest ins Hallenrund gezaubert. Dies war der beeindruckende Abschluß des 2. Sport- und Spielfestes der Initiative „Sportler für den Frieden – gegen Atomraketen.“

Eine Auswahl der Athleten beim Sportfest für den Frieden in Dortmund: Mehrfache bundesdeutsche Marathonmeisterin Christa Vahlensiek, Willi Wühlbeck (800-m-Weltmeister), Marathon-Doppelolympiasieger Waldemar Cierpinski, Ludmilla Bragina (1500-m-Weltrekordlerin), Tahahiro (Karatelehrer aus Japan), Armin Jurisch und Markus Dreher (Weltmeister im Kunstradfahren), Horst Meyer (Ruderolympiasieger), Cornelia Hanisch (Fecht-Weltmeisterin und Olympiasiegerin).

In Dortmund war ich dabei, als am 19. 10. 1985 das Startzeichen zum 10-km-Friedenslauf gegeben wurde. Das war ein erhabenes Gefühl, mit Leichtathletik-Assen zusammen am Start zu stehen, hautnah mit Weltrekordlern und Olympiasiegern, mit deutschen Meistern und sonstiger Sportprominenz zum gleichen Zweck zu laufen: für den Frieden. Die Aktion „Sportler für den Frieden“ ist eingebunden in die größte Friedensinitiative

Daß Sportler sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, ist allgemein bekannt. Darum bedeutet dieses Sport- und Spielfest den Auftakt für eine Unterschriftensammlung, mit der die Sportler die Forderung an die Bundesregierung unterstützen, sich nicht an SDI zu beteiligen, sich für die Erhaltung bestehender Rüstungskontrollverträge und für Verträge gegen Weltraumwaffen einzusetzen.

Rudolf Dötsch



„Laßt uns die Barrieren zu einer Koalition der Vernunft überwinden“

Abschlußerklärung des Sport- und Spielfestes

Auf dem am 19. Oktober stattgefundenen Sport- und Spielfest in der Dortmunder Westfalenhalle, hat der Bundesligafußballer Ewald Lienen für die aktiven Teilnehmer und Zuschauer folgende Abschlußerklärung verlesen:

„Liebe Friedensfreunde,
liebe Sportlerinnen und Sportler!

Heute haben wir gemeinsam einen sportlichen Höhepunkt der Friedensbewegung in Europa erlebt. Wir sind zusammengekommen, weil Sport ein Weg zur internationalen Verständigung bleiben soll.

Internationale Sportbeziehungen können sich nur in einem Klima der Völkerverständigung und Zusammenarbeit

entwickeln. Wir wollen uns im Sinne der olympischen Charta für eine bessere und friedlichere Welt einsetzen. Aber besser und friedlicher wird die Welt nicht durch immer neue Runden des Wettstreits. Die drohende Militarisierung des Weltraums wäre das gefährlichste und teuerste Rüstungsprogramm aller Zeiten. Es würde alle Chancen für Entspannung und Abrüstung zunichte machen. Ungeheure Summen, Hunderte von Milliarden, würden sinnlos verschleudert. Die Lösung dringender sozialer Probleme, die Bekämpfung des

Hungers in der Welt und der Umweltzerstörung würde auf Jahrzehnte unmöglich gemacht!

Sport kann alle Hürden überwinden.

Laßt uns heute gemeinsam die Barrieren zu einer Koalition der Vernunft überwinden.

Wir wollen auch diejenigen gewinnen, die unserem Engagement bisher skeptisch gegenüberstanden.

Wir müssen der Weltraumrüstung jetzt die rote Karte zeigen!

Heute haben wir eine neue Initiative gestartet. Mit unseren Unterschriften unterstüt-

zen wir als Sportlerinnen und Sportler den Aufruf der Naturwissenschaftlerinitiative gegen SDI. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert

- sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,

- sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,

- ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

Mit neuer Kraft und mit neuem Mut gehen wir heute auseinander.

Auf Wiedersehen bei der Friedenswoche im November!

Auf Wiedersehen in den Friedensinitiativen der Sportlerinnen und Sportler in allen Teilen unseres Landes!

11. Arbeiterkonzert der DKP Hessen

Rundfunk-Synfonie-Orchester Leipzig

unter der Leitung von Max Pommer, Berlin
Solist: Christian Funke

Programm:

Carl Maria von Weber,
Ouvertüre zur Oper „Der Freischütz“
Wolfgang Amadeus Mozart,
Violinkonzert G-Dur, Köchelverzeichnis 16
Johannes Brahms,
4. Sinfonie, e-Moll, opus 98

Samstag, den 30. November 1985
19.30 Uhr
in Offenbach, Theater an der Goethestraße

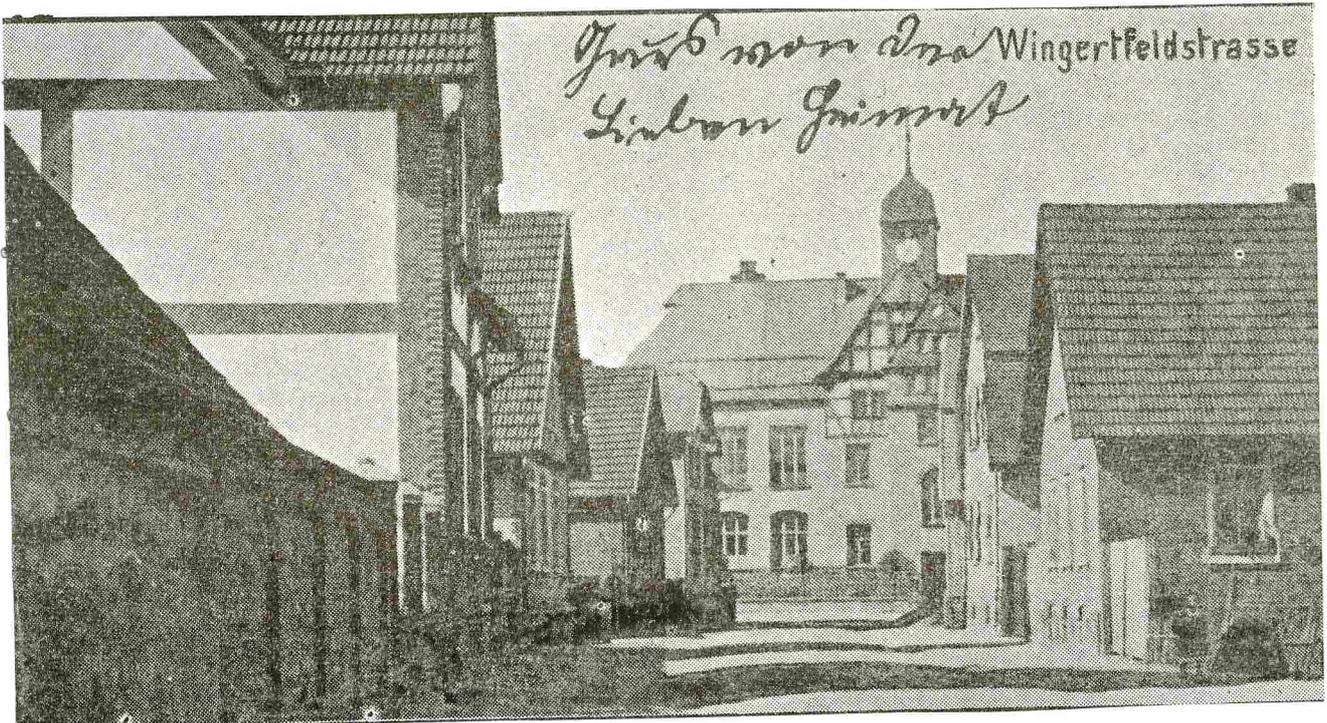
Erich Kästner

Aufruf

Schneidet das Korn und hütet die Herde,
indes der Planet um die Sonne rollt!
Keltert den Wein und striegelt die Pferde!
Schön sein, schön sein könnte die Erde,
wenn ihr nur wolltet, wenn ihr nur wollt!

Reicht euch die Hände, seid eine Gemeinde!
Frieden, Frieden heiße der Sieg.
Glaubt nicht, ihr hättet Millionen Feinde,
euer einziger Feind heißt – Krieg!

Frieden, Frieden, helft, daß er werde!
Tut, was euch freut, und nicht das, was ihr sollt.
Schneidet das Korn und hütet die Herde,
Keltert den Wein und striegelt die Pferde!
Schön sein, schön sein könnte die Erde,
wenn ihr nur wolltet, wenn ihr nur wollt!



Mörfelden gestern

Unter den vielen alten Bildern die die „Blickpunkt“-Redaktion für „Mörfelden gestern“ erhält, befinden sich immer wieder schon längst vergilbte und sehr interessante Ansichtspostkarten. Oft wurden sie Tausende von Kilometern transportiert und so manches Schicksal ist damit verbunden.

Hier war es ein „Gruß von der liebsten Heimat“, geschrieben am 22. 11. 1915 im Ersten Weltkrieg an den Mann oder den Sohn an der Front. Wieviel Angst um den Liebsten wurde wohl verspürt beim Schreiben dieser Zeilen und Heimweh kam bei dem Empfänger bestimmt auf, als er diese Karte erhielt, oft sind es einfache Worte, die man mit Mühe und Not, auf diesen alten Karten entziffern kann. Es sind keine Durchhalteparolen und es ist keine Kriegsbegeisterung herauszulesen, nur Angst und der Wunsch, daß das Völkermorden bald zu Ende ist. Sicher kam auch die eine oder andere Postkarte mit den letzten Habseligkeiten eines gefallenen Sohnes oder Ehemannes wieder zurück. Tragen wir alle dazu bei, daß keine Feldpostkarten mehr geschrieben werden müssen.